

07/07/17

63/2017

An den  
Gemeinderat der Stadt Villach  
Rathausplatz 1  
9500 Villach

07.07.2017

Antrag der FPÖ Gemeinderäte gemäß § 41 Villacher Stadtrecht:

**Resolution - Schaffung notwendiger Schutzmaßnahmen für österreichische Bürger**

Der Wunsch vieler Flüchtlinge in Ländern mit sozialer Abfederung (Österreich, Deutschland, Schweden) Fuß zu fassen, bringt eine Menge Probleme. Unverständlich ist die rechtliche Situation, wenn durch diese Menschen oft mutwillig Schaden angerichtet wird. Die geschädigten Österreicher können in diesen Fällen mit keinerlei Hilfe seitens der Republik rechnen. Der Gesetzgeber redet sich auf die für uns unverständliche Haltung aus, diese Täter wären nicht „eingeladen“ worden, und die Geschädigten bleiben auf ihren Schaden sitzen.

Eine Mitbürgerin aus unserem Bezirk kann diese Situation schildern, weil ihr ein Flüchtling mutwillig ins Auto sprang. Im Krankenhaus hat der Flüchtling ausgesagt, dass er ins Auto sprang, um Schmerzensgeld zu erhalten. Auch hier keine Abgeltung für den Schaden (über € 8.000.-), dafür die – unverständliche – Aufforderung des Bezirksstaatsanwaltes, die Lenkerin sollte die Schuld übernehmen. Unverständlich, weil dadurch die Unschuldige für sämtliche Folgekosten zuständig wäre.

**Antrag:**

Der Gemeinderat möge folgende Resolution beraten und beschließen:

**Die Kärntner Landesregierung und der Städte- und Gemeindebund werden aufgefordert, auf den Gesetzgeber dahingehend einzuwirken, dass dieser unverständliche Rechtszustand umgehend beseitigt wird.**

*[Handwritten signatures in blue ink]*